



Das Leistungsträgerfeststellungsverfahren: Warum immer noch weiter?

Wie wir bereits mehrfach berichtet haben, laufen auf allen Beurteilerebenen Gespräche und Maßstabskonferenzen zur Herstellung eines einheitlichen und damit verbindlichen Beurteilungsmaßstabs für den Polizeivollzugsdienst in Hamburg.

Aus vielen Gesprächen wissen wir, mit welchen Schwierigkeiten die Erst- und Zweitbeurteiler dabei zu kämpfen haben.

Der Leit(d)faden und seine Konsequenzen

Wenn man dabei den Leitfaden zur Einhaltung eines einheitlichen Beurteilungsmaßstabes im Polizeivollzugsdienst der Freien und Hansestadt Hamburg nicht aus den Augen verlieren will, müsste man sich an Folgendem orientieren:

„...Grundsätzlich sind Beurteilungen das Ergebnis subjektiv wertender Erkenntnisse durch Erst- und Zweitbeurteiler...“

sowie

„...Unter Beachtung des Gebotes der individuell gerechten Beurteilung eines Beamten sind Einwirkungen auf die Beurteiler zum Zwecke der erforderlichen Vereinheitlichung des Beurteilungsmaßstabes im Rahmen von Beurteilerkonferenzen zulässig...“

Bei der Maßstabsfindung durch die Betrachtung der Beurteilungen muss allein die „subjektiv wertende Erkenntnis“, also die individuelle Betrachtung des Einzelnen im Vordergrund stehen.

Nach der Rechtsprechung müssen Richtwertvorgaben Ausdruck allgemeiner Erfahrung sein.

Damit ist aber nicht die Gauß'sche Normalverteilung in ihrer mathematisch exakten Form gemeint.

Vielmehr geht man davon aus, dass Durchschnittswerte am häufigsten, über- und unterdurchschnittliche Werte weniger und die extremen Varianten kaum vorkommen.

Die Orientierung des Dienstherrn an der Gauß'schen Normalverteilung zur Gewinnung – nicht zur Begrenzung – eines Maßstabes ist grundsätzlich rechtlich einwandfrei.

Unrechtmäßig wird die Anwendung der Gauß'schen Normalverteilung erst dann, wenn erfahrungsunabhängig oder erfahrungswidrig Richtwerte festgesetzt werden, die jahrelanger Beurteilungspraxis widersprechen. In einem solchen Fall handelt es sich bei der darauf gestützten Richtwertvorgabe nicht um einen Akt der Erkenntnis, sondern um eine Maßnahme mit normierendem Charakter.

Das Vorgehen der Behörde ist demnach rechtswidrig.

Ungewisse Folgen

Bereits kursieren die ersten Gerüchte um die getroffenen Punktwerte für die Maßstabsfindung und die Folgen sind viele Fragen, z. B.:

- Warum habe ich mich innerhalb eines halben Jahres um mehr als 0,5 Punkte „verschlechtert?“
- Warum hat mir dies niemand mitgeteilt?
- Werde ich jetzt im LVM trotz Erreichen der Regelverweilzeit nicht befördert?
- Bedeutet meine „schlechte“ Bewertung nun auch eine schlechte Prognose für den LA II?

Hintergründe und Kritik

Im Zusammenhang mit den jüngsten Diskussionen bezüglich der Maßstabskonferenzen gilt es noch einmal den Blick darauf zu richten, aus welchem Grund momentan Beurteilungskonferenzen durchgeführt werden. Mit der Einführung des LVM im Jahre 2007 stellt sich die Frage, ob die Beförderungs-

auswahl der Polizei rechtmäßig und mit Art. 33 Abs. 2 GG vereinbar ist.

Kritikpunkt war insbesondere, dass nicht nach dem Leistungsprinzip sondern nach einem Dienstaltersprinzip (Anciennitätsprinzip) ausgewählt wird.

Dazu ein Blick in WIKIPEDIA:

Anciennität (franz. *ancienneté*: Altersstufe) ist die Rangfolge, die sich aufgrund des Dienstalters ergibt. Die Bezeichnung Anciennität entstammt einem Beförderungsprinzip, wonach Offiziere Beförderungen aufgrund ihres Dienstalters zustand. Auf diese Weise wurde Konkurrenz vermieden und der Corpsgeist gestärkt. Andererseits war sie der Motivation und Leistungsbereitschaft der Offiziere mitunter abträglich.

Die Polizei steht ganz offensichtlich auf dem Standpunkt, dass mit einem Leistungsträgerfeststellungsverfahren dem Leistungsprinzip ausreichend Rechnung getragen wird. Dies dürfte indes verfehlt sein, weil bei der Beförderungsauswahl der Faktor Dienstalter lediglich als Hilfskriterium herangezogen werden darf. Insofern mag ein – für sich genommen mit dem Art. 33 Abs. 2 GG vereinbartes – Leistungsträgerfeststellungsverfahren nicht die unrechtmäßige sonstige Beförderungsauswahl ausschließlich nach dem Dienstalter vertretbar erscheinen lassen.

Selbst bei nicht ausgeschriebenen Stellen ist der Dienstherr verpflichtet, alle laufbahnrechtlich in Frage kommenden Beamten in die Auswahlentscheidung mit in Betracht zu nehmen. Durch ein Leistungsträgerfeststellungsverfahren geschieht eben dies nicht, weil ein Teil der Kollegen von vornherein nicht mit in die Auswahlüberlegungen einbezogen werden und lediglich nach dem Dienstalter (Regelverweilzeit) Gruppen von Beamten ernannt werden. Das ist rechtswidrig und nicht mit dem Art. 33 Abs. 2 GG vereinbar.

Der Landesbezirksvorstand



INHALT

- * Das Leistungsträgerfeststellungsverfahren:
Warum immer noch weiter? Seite 1
- * Besoldungserhöhung um 1% Seite 2
- * Forderungen der Fachgruppe K Seite 3
- * Sozialpolitik Seiten 4/5
- * Fachgruppe WSP Seite 6
- * Fachgruppe Senioren Seite 7

Anhebung von Besoldung und Versorgung um die 2008 zurückbehaltenene 1%-Erhöhung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Besoldung für die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter wurde in diesem Jahr lediglich um 1,9% erhöht, während die Erhöhung bei den Tarifbeschäftigten 2,9% betrug. Senat und Bürger-schaft hatten bei den Beamtinnen und Beamten 1% Erhöhung zurück-behalten, um damit leistungsorientierte Bezahlungselemente (LOB) zu finanzieren.

Der DGB hatte damals entgegnet, durch die bereits vorgenommene Streckung von Dienstaltersstufen für eine andere Form von Leistungsvergütung, die dann aber nicht umgesetzt wurde, sei das Besoldungsniveau gesenkt worden, der damit verbundene Einspareffekt würde für eine Finanzierung von LOB ausreichen.

Aus heutiger Sicht ist festzustellen: Der Senat hat sich einerseits die angekündigte LOB durch Besoldungsniveauabsenkung und vorenthaltene Besoldungserhöhung von den Beamten doppelt finanzieren lassen.

Die Tarifverhandlungen zur bezirklichen Ausgestaltung von LOB wurden ohne Ergebnis beendet, so dass den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hamburg 1% ihres Jahresgehaltes auf der Basis der Vergütungen im September als Einmalzahlung ausgeschüttet werden wird. Die Beamtinnen und Beamten hingegen gehen leer aus.

Eine eigenständige Regelung zur leistungsorientierten Bezahlung allein für die Beamtinnen und Beamten lehnen wir allerdings ab. Sie würde in den Belegschaften Unfrieden stiften und die Motivation der Beamtinnen und Beamten wie auch der nach Tarif Beschäftigten beschädigen.

Sie traten persönlich dafür ein, im öffentlichen Dienst der Stadt eine für alle Statusgruppen gleiche LOB einführen zu wollen. Da dies trotz intensiver Bemühungen aller Beteiligten nicht erreicht werden konnte, eine allein auf Beamtinnen und Beamte beschränkte LOB per-

sonalpolitisch nicht vertretbar ist, besteht für die Beamtinnen und Beamten dringender Handlungsbedarf, ihnen das einbehaltenene Einkommen nicht länger vorzuenthalten:

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB erwarten von Senat und Bürgerschaft eine Initiative, Besoldung und Versorgung rückwirkend zum 1.1.2008 um 1% mehr auf insgesamt 2,9% anzuheben.

Angesichts der inflationsbedingten realen Einkommensverluste, die auch die verbeamteten Beschäftigten treffen, fordern wir Sie auf, wenigstens nachträglich den Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern und Pensionären eine ungekürzte lineare Erhöhung von Besoldung und Versorgung zukommen zu lassen! Es wäre ein schlechtes Vorzeichen für die Tarifrunde 2009, wenn der Senat sich dieser berechtigten Forderung verweigern würde.

Zu Gesprächen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

*Mit freundlichen Grüßen
Erhard Pumm*

VERANSTALTUNG

Hamburger Polizeimeisterschaften im Handball

Als Vorbereitung u. a. für die Vorrunde der Deutschen Meisterschaften Anfang 2009 finden am 24. September 2008 von 8.00 bis 16.00 Uhr in der Sporthalle Hamburg die Hamburger Polizeimeisterschaften im Handball für Damen und Herren statt.

Interessenten melden sich bitte beim Fachwart, Kay-Stefan Herzig, FLD 24, Tel. 6 60 76.

Nähere Auskünfte und Informationen erteilt auch die Zentrale Sportdienststelle der Polizei Hamburg/LPS 16 unter Tel. 6 82 62.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:

Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

Redaktion:

Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclasen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

Anzeigen-Repräsentant:

Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438



FACHGRUPPE KRIMINALPOLIZEI

Aktuelle Forderungen der Fachgruppe K

Um sich an den Anforderungen zu orientieren, die an kriminalpolizeiliche Arbeit gestellt werden müssen, ist es sinnvoll, auch über den Tellerrand zu schauen.

Im Rahmen der Jahrespressekonferenz des BKA wurden nachfolgende Parameter bei der Kriminalitätsbekämpfung festgestellt:

1. Tat und Tätertypologien haben sich grundlegend verändert. Neuartige Kriminalitätsphänomene ersetzen zunehmend klassische Deliktsformen. Dabei bedienen sich die Täter durchgängig modernster Technik.
2. Das enorme kriminelle Potenzial besteht darin, dass technologische Innovationssprünge mit Formen organisierter Kriminalität verknüpft werden.
3. Kriminalität kennt keine Grenzen mehr. Täter von heute agieren global, Kriminalitätsbekämpfung muss daher mehr denn je aus internationaler Perspektive gedacht werden.
4. Konspiration prägt das kriminelle Kommunikationsverhalten, klassische Eingriffsinstrumente verlieren an Bedeutung und müssen durch neue Ermittlungsmethoden ergänzt werden.

Beispielhaft seien dabei nur die Bereiche Zahlungskartenkriminalität, IuK-Kriminalität, Arzneimittelkriminalität genannt.

Aktuelle Situation in Hamburg

Das neue LVM sieht aber keine Spezialisten vor – es fördert vielmehr den dienstzweigübergreifenden und omnipotenten Generalisten!

Daher gilt das Hauptaugenmerk unserer Fachgruppenarbeit den Gebieten:

- Die Ausbildung muss generalisierende Momente enthalten, sollte aber zügig zur Erlangung von Fachkompetenz führen!
- Die Verweilzeiten für die Kriminalpolizisten verschlechtern sich durch das LVM,
- das ist nicht hinnehmbar!
- Zunehmende Spezialisierung und gestiegene Anforderungen bei der Kriminalitätsbekämpfung müssen sich in Wertigkeiten ausdrücken!!
- Schluss mit dem Zweiklassensystem im Ermittlungsbereich – Alle Sachbearbeiter mindestens in den Funktionskreis III! Es fehlen Stellen der Bes.-Gr. A 11 bis A 13!
- Vermehrte Öffnung des Statusamtes A 12 auch für Sachbearbeitertätigkeit!
- Schluss mit der Wahl zwischen interessengeleitet oder Karrierist – Personalentwicklungskonzepte müssen noch stärker als bisher die Fähigkeiten und Potenziale der Kollegen berücksichtigen!
- Funktionsbeschreibungen und Anforderungsprofile müssen her! Es gilt, Transparenz bei der Festlegung von Wertigkeiten zu schaffen!
- Beurteilungssysteme nur innerhalb von Personalent-

wicklungskonzepten, die die o. a. Anforderungen erfüllen!

Über Entwicklungen, Gespräche und Erfolge werden wir zeitnah berichten.

Der Fachgruppenvorstand

Anzeigen

SCHRADER-KROSCHEWSKI & OTT
FACHANWÄLTE FÜR FAMILIENRECHT
KANZLEI FÜR FAMILIENRECHT & ERBRECHT

INTERNAT. FAMILIENRECHT • TRENNUNGSBERATUNG
 EHEVERTRÄGE • TESTAMENTE
 UNTERHALT • SCHEIDUNG

OSTERSTRASSE 124 20255 HAMBURG
 TELEFON: 41 35-41 28 – WWW.SCHIEDUNGSANWALT-HH.DE

WIR PLANEN UND BAUEN
 Häuser, Villen, Schlösser, Finanzierung und Grundstücke

„Haus Wismar“ ab 172.800,- € ab 117 m² i.V.M.

„Turmhaus“ ab 145.200,- € ab 135 m² i.V.M.

Villa „Lugana“ ab 152.800,- € ab 147 m² i.V.M.

INKLUSIVE KOMFORTPAKET**
 MIT ROTH SPAREN SIE MEHR ALS NUR ENERGIE

- Rollläden Kunststoff im gesamten Erdgeschoss
- Fußbodenheizung im Erdgeschoss
- Fußbodenerwärmung im Bad - Dachgeschoss
- Fensterbänke innen Agglomarmor / außen Granit
- Sprossenfenster mit Grundlüftungssystem (REGEL-Air®)
- CE geprüfte Buchenholzterrasse
- Blower-Door-Test

** solange Aktion gültig
 Die Ausstattungen und Leistungen entsprechen der Bau- / Leistungsbeschreibung zu Ihrem Miettrag.
 Alle Preisangaben sind inkl. 19 % MwSt. ausgewiesen. Abbildungen teilweise mit Sonderausstattungen.

© 2008 - Kopierrechte bei Bau-GmbH Roth, Änderungen und Irrtümer vorbehalten.

Tel. 040 - 25 41 87 99 11

massivhaus-hamburg.de MASSIVHAUS
 grundsätze - schöner wohnen



Was ist denn Kinderarmut?

Jedes 6. Kind in Deutschland ist arm!

Ca. 2,2 Millionen Kinder, die jünger als 18 Jahre sind, beziehen heute Sozialleistungen in Höhe des Existenzminimums. Ca. 670 000 Alleinerziehende sind von Hartz IV abhängig. Die Zahl der Einkommensschwachen ist in den vergangenen 10 Jahren um 4,1 Millionen gestiegen, 3 Millionen davon haben Migrationshintergrund; die Zahl der Ein-Eltern-Haushalte hat sich von 1,3 auf heute 1,6 Millionen erhöht, und die Mütter sind mit knapp 1,5 Millionen deutlich in der Überzahl! Aber nicht nur Trennung und Arbeitslosigkeit, auch der Tod eines Erziehungspartners bringt Not über die Familie.

Kinderarmut ist auch immer gleich Familienarmut!

Wo sind die Hauptursachen für Familien in Armut zu suchen? Sicherlich sind unter anderem der dramatisch ansteigende Niedriglohnbereich und die hohe Arbeitslosigkeit, oftmals verbunden mit nicht vorhandenem Schul- bzw. Berufsabschluss, für die Armut verantwortlich. **Je geringer die Bildung, desto höher das Risiko, zu verarmen!** Globalisierung und Technisierung haben vor allem einfache Jobs vernichtet. Durch Globalisierung, Firmenübernahmen und damit einhergehende Gesundenschumpfungen (Entlassungen) großer Firmen geraten aber auch zusehends immer mehr gebildete Arbeitnehmer, der so genannten Mittelschicht, in die Arbeitslosigkeit. Immer mehr Eltern können von ihrer Vollzeitarbeit die Familie nicht mehr ernähren. Die Kinder sind die Hauptleidtragenden. Häufig kommen zur finanziellen Not der Eltern andere Probleme hinzu, Alkohol etwa oder Drogen. Eine Erhöhung des Kindergeldes bzw. der Kinderzuschlag gehen an bedürftigen arbeitslosen Eltern oft vorbei, da jeder Cent einer Erhöhung von der Stütze wieder abgezogen wird (Existenzminimum der Familie unterliegt dem Netto-Äquivalenzeinkommen entsprechend der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen) – kommt also den Kindern nicht zu Gute!

Was bedeutet das genau? Seit 2005 wurde zusammen mit Hartz IV/ ALG II der **Kinderzuschlag** (max. € 140,-) eingeführt. Dabei handelt es sich um eine gezielte Förderung gering verdienender Familien, um zu verhindern, dass diese unterhalb des Existenzminimums rutschen. Die volle Fördersumme wird nur ausbezahlt, wenn das Einkommen exakt dem ALG-II-Bedarf für die erwachsenen Per-

sonen entspricht. Jeder Euro der darüberhinaus geht, wird auf den Kinderzuschlag angerechnet, also weniger ausbezahlt! Für die Ermittlung des Kinderzuschlags wird ein Rechengang zugrunde gelegt, der diverse Grundbedarfe berücksichtigt; aber **wo bleiben die Grundbedarfe der Kinder?** Wenn ein Kind ohne Not, geliebt und in sicheren Verhältnis-

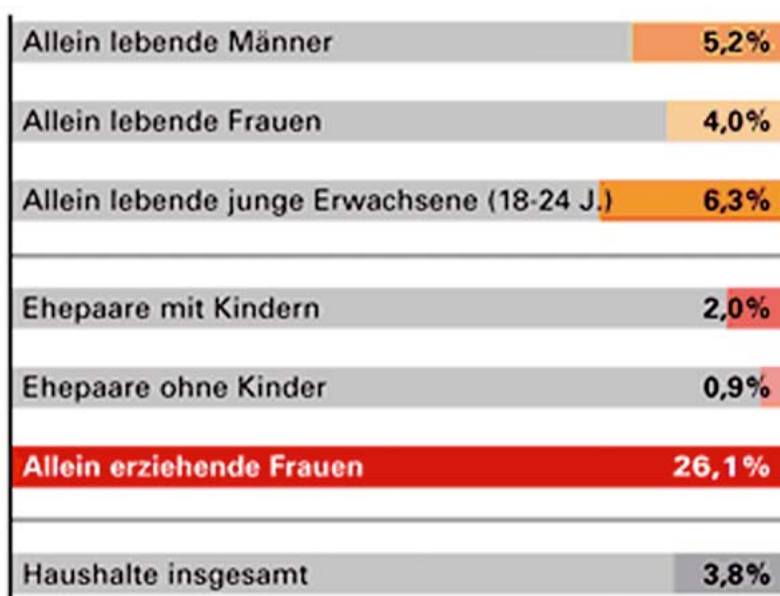
sen, aufwächst, dann wird ein gutes Fundament für die psychische, physische und soziale Entwicklung gelegt. In der Kindheit wird die persönliche Identität ausgeprägt; der Umgang mit anderen Menschen wird gelebt und verinnerlicht, die Fähigkeit zum Urteilen und selbstständigen Handeln wird erlernt. Das Kind erfährt Werte und Wertschätzung, wird bestärkt und kann wachsen. Das Kind geht zur Schule und wird entsprechend seiner Fähigkeiten gefördert und unterstützt. In der Regel erwächst daraus ein selbstbestimmter Weg ins Erwachsenenleben.

Wie sehen aber die Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder aus, die in Armut leben?

Armut führt in der Regel zu schlechter Gesundheitsvorsorge und mangelhafter

Alleinerziehende Frauen kämpfen mit der Armut

Anteil der Haushalte, die Ende 2002 Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen



Statistisches Bundesamt



SOZIALPOLITIK

Ernährung. Arme Menschen sind öfter krank und sterben früher. Armut wirkt sich nachteilig auf die geistige und sozial-emotionale Entwicklung eines Kindes aus. Arbeitslosigkeit und Armut führen in einer Partnerschaft (Ehe, eheähnlich) häufig zu Konflikten und mangelndem respektvollen Umgang. Kinder werden nicht entsprechend ihren Bedürfnissen behandelt, gefördert und wertgeschätzt. Inkonsequente Erziehungsmuster sind eher die Regel. Um in Armut zu überleben, reagieren die Kinder oftmals emotional und spontan und haben wenig Selbstkontrolle; Eigenschaften, die im Umgang mit anderen Kindern und im späteren Erwachsenenleben zu Konflikten führen. Die verbale Ausdrucksform, um Wünsche und Gedanken zu formulieren, ist meist wenig ausgeprägt. In der Schule wirken sich dann fehlende soziale Eigenschaften, die normalerweise durch Umgang in der Familie erlernt werden, negativ aus. Die Kinder lernen in der Regel nicht, strategisch vorzugehen und zu planen, sich Ziele zu setzen und auf Belohnungen zu warten. Gebildete Eltern reagieren häufig sachlicher und weniger emotional, versuchen entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten die soziokulturelle Entwicklung der Kinder zu fördern und können oft die negativen Auswirkungen der Armut auf die Entwicklung der Kinder etwas abmildern.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der armen Kinder sind merklich behindert!

In Kindergärten (Kinder aus armen Familien besuchen seltener den Kindergarten) und -tagesstätten wie auch in Schulen, zeigt sich die materielle Kinderarmut mittlerweile sehr deutlich. Oftmals kommen Kinder hungrig in den Unterricht. Entweder reicht das Geld in der Familie für gute Lebensmittel grad nicht mehr aus, oder die Eltern sind mit der Situation überfordert – lassen die Kinder ohne Fürsorge aus dem Haus, hungrig, ungepflegt und unsauber. Es mangelt an witterungsgemäßer Kleidung, Schulhefte bzw. -bücher. Die Kinder können an Ausflügen und Klassenfahrten nicht teilnehmen, da den Familien das Geld fehlt. Arme Kinder haben in der Regel kein eigenes Zimmer, haben kein Taschengeld, können Klassenkameraden nicht zu sich nach Hause einladen und somit auch keinen Geburtstag feiern. Ähnlich sieht es im soziokulturellen Bereich aus. Theater- und Opernbesuche, Musikschulen, Sportvereine, Gewerkschaften oder Par-

teien kosten Geld. Das Geld für diese Sonderausgaben fehlt den armen Familien. Auch Bücher und Zeitungen werden selten gekauft. Somit sind die Kinder bereits frühzeitig sozial ausgegrenzt. Selbst später unter evtl. etwas besseren finanziellen Umständen im Erwachsenenleben, finden diese Kinder den Weg in die kulturelle Gesellschaft nicht. Kinder aus armen aber gebildeteren Familien sind da noch etwas im Vorteil.

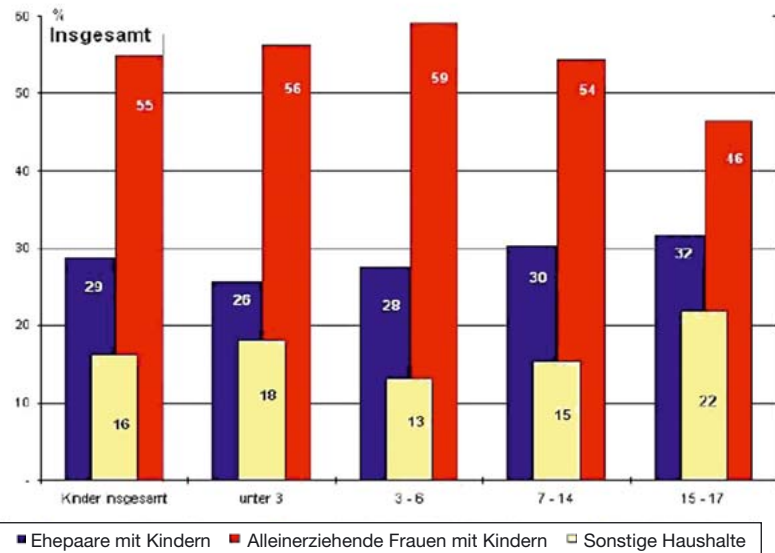
Arbeitslosigkeit und Armut verschlechtern die Bildungschancen der Kinder; diese werden daher am sozialen Aufstieg gehindert. Ca. jeder 10. Schulabgänger, das sind rund 80 000 Jugendliche, verlässt die Schule ohne Abschluss und ist damit bereits beruflich und sozial abgehängt – ca. 4 Millionen Analphabe-

Mehr als jedes 3. arme Kind dreht bereits in der Grundschule mindestens eine „Ehrenrunde“. Entwicklungsstand und -chancen von Kindern sind von vielen Faktoren abhängig. Es gibt Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen, Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, sowie zwischen Kindern, die mit einem bzw. beiden Elternteilen aufwachsen; da ist dann auch noch zu unterscheiden, ob beim Vater oder bei der Mutter aufwachsen.

Wohin steuert unsere Gesellschaft?

Der Reichtum unseres exportorientierten Landes besteht doch aus den her-

Ein Gesamtbild der Lebenssituation von Kinder unter 18 Jahren im Sozialhilfebezug gibt folgende Grafik wieder:



ten sind registriert. Armut ist vorprogrammiert! Auch wenn die Eltern gebildet sind, gibt doch oft die finanzielle Situation den Ausschlag über die Entscheidung über Haupt-, Realschule oder Gymnasium. Von 100 Kindern, die niemals in Armut gelebt haben, schaffen 36 den Sprung aufs Gymnasium; wohingegen es von 100 Kindern mit Armutserfahrung nur 12 schaffen. Von 100 Kindern, die bereits im Kindergartenalter arm waren schaffen es sogar nur 4!

Welche Chancen haben Grundschulkinder aus armen Verhältnissen?

Fast keine! Die Schulnoten armer Kinder sind im Durchschnitt schlechter als die der restlichen Klassenkameraden.

anwachsenden Kindern und Jugendlichen. Unter dem Aspekt, dass im reichen Deutschland ca. 15% der Kinder bis 14 Jahre und rund 19% der Jugendlichen bis 24 Jahre unterhalb der Armutsgrenze leben, ist Deutschland ein sehr armes Land – arm an verantwortungsbewussten Politikern! Wer soll unseren Sozialstaat weiter tragen, wenn nicht eine aktiv schaffende Jugend mit guter Schulbildung, anschließender Ausbildung (Beruf, Studium, etc.) und Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz mit einem tariflich gesicherten Einkommen, um wiederum eine Familie zu ernähren?

Im nächsten Monat möchte ich dann die Situation der Rentner und Pensionäre beleuchten, denn bei der wachsenden Kinderarmut sind wir unweigerlich von der Altersarmut bedroht.

Marit Pufahl



„Was macht die Fachgruppe WSP eigentlich für mich?“

Diese Frage stellt sich – so oder so ähnlich – manch' Kollegin oder Kollege. Mit der Thematik beschäftigte sich auf der Fachgruppensitzung im Mai auch der neue Vorstand der Fachgruppe Wasserschutzpolizei (WSP). Dieser hat erste Ziele diskutiert und festgelegt, die in den nächsten Wochen und Monaten bearbeitet und angegangen werden sollen.

Sitzungen des Fachgruppenvorstands sind öffentlich

Die Fachgruppe WSP besteht jedoch nicht nur aus dem Vorstand, sondern aus allen Mitgliedern.

Aus diesem Grunde sind die Vorstandssitzungen öffentlich, jedes Mitglied kann teilnehmen. Auf Anfrage können auch Nicht-GdP-Mitglieder an den Sit-

zungen der Fachgruppe WSP teilnehmen.

Die Sitzungen finden regelmäßig **jeden 2. Mittwoch des Monats** an unterschiedlichen Dienststellen statt (ggf. bei Vorstandsmitgliedern hinterfragen). Teilnehmen bedeutet damit auch, sich einbringen, gestalten, eigene Ziele oder die einer Gruppe vorstellen. Und diese Teilnahme (es reicht ja völlig aus, mal vorbeizuschauen) wird vom Fachgruppenvorstand ausdrücklich gewünscht.

„Engagieren statt meckern“

Welche Ziele soll der Fachgruppenvorstand WSP verfolgen, wenn die Mitglieder ihre Wünsche nicht mitteilen? Deshalb fordert Euch der Vorstand auf, eigene Vorstellungen einzubringen (telefonisch, kurze Notiz/Mail oder persönliche Vorstellung). Dafür steht jedes Vorstandsmitglied zur Verfügung.

Der Vorstand wird zudem auch Kolle-

ginnen und Kollegen benennen, die die Ziele der Fachgruppe federführend betreuen und als Ansprechpartner für alle Mitglieder zur Verfügung stehen. Auch hier dürfen gern Mitglieder, die nicht dem Vorstand angehören, Aufgaben übernehmen. Ein entsprechender Artikel in einer der nächsten Ausgaben wird Euch entsprechend darüber informieren.

Eure Fachgruppe der WSP



Kurz vorgestellt: Norbert Schmetz

In diesem Teil möchten wir Euch Norbert vorstellen. Norbert wurde als neuer stellvertretender Fachgruppenvorsitzender gewählt. Was seine gewerkschaftlichen Ambitionen angeht, so ist Norbert ein Quer-einsteiger, was aus verschiedenen Gründen nicht schlecht ist.

Denn neue und aktive Kollegen bringen neue Ideen und Ansichtsweisen. Sie kennen die Belange der Kolleginnen und Kollegen, was ein unheimlicher Vorteil sein kann. Denn so können wir Probleme auch schnell erfassen und beheben. Nun aber zurück zu Norbert, der am 3. 8. 1969 seinen Geburtstag feierte. Im Moment genießt Norbert noch sein Singledasein. Nach 6 Jahren Marine, wo er auch das C Patent erworben hat, führte ihn der Weg



Norbert Schmetz, stellvertretender Fachgruppenvorsitzender WS

zur Hamburger WSP, bei der er am 2. 10. 1995 an der FhÖV anfang. Anschließend versah Norbert seinen Dienst am WSPK 1. Gegenwärtig ist er als DGL/V am WSPK 2 in der WDG A tätig. Auch Norbert ist durch seine Art eine unheimliche Bereicherung für den Fachgruppenvorstand und alle GdP-Mitglieder. Denn seine ruhige, aber dabei auch strukturierte Art, ist gerade bei Problembewältigungen oder Planungen von großem Vorteil. Wir hoffen, dass dieser Kollege uns lange erhalten bleibt und wünschen Norbert als stellv. Fachgruppenvorsitzendem alles Gute und viel Glück.

Der Fachgruppenvorstand WSP



FACHGRUPPE SENIOREN

Trauer um Hans-Günther Buhmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist Urlaubszeit und wir hatten bisher überwiegend gutes Wetter (ich schreibe diese Zeilen am 29. 7. 2008). Ich hoffe, dass alle einen schönen Urlaub hatten oder noch haben.

Hans-Günther Buhmann verstorben

Leider muss ich heute mit einer schlechten Nachricht kommen. Unser langjähriges Vorstandsmitglied und bis zum Schluss auch noch Mitglied im Gewerkschaftskontrollausschuss, Hans-Günther Buhmann, hat uns leider verlassen. Er starb in der Nacht zum 26. 7. 2008, nachdem er 14 Tage zuvor einen Schlaganfall erlitten hatte.

Hans-Günther ist bereits im Januar 1947 im Alter von 18 Jahren in die GdP eingetreten (damals war es noch der Taube-Verein, aus dem sich die GdP gründete). Bereits früh hat er sich in der Gewerkschaft für Tätigkeiten zur Verfügung gestellt und er hat bis zu seiner Pensionierung im April 1988 stets voll zu seiner Gewerkschaft gestanden. Dies gab er auch nach seiner Pensionierung nicht auf, sondern arbeitete zunächst im Fachgruppenvorstand „Senioren“ und danach bis zum Schluss im Landesbezirkskontrollausschuss.

Neben dieser Tätigkeit hat er sich seit Jahrzehnten in einer Organisation gegen Alkoholsucht eingesetzt. Auch hier hat er auf Ehrenamtbasis in wöchentlichen Lehrgängen alkoholranke Menschen betreut und unterstützt, damit sie wieder in ein normales Leben zurückfinden. Hans-Günther Buhmann hat sich um seine Mitmenschen verdient gemacht. Im Namen des Landesbezirksvorstandes der Gewerkschaft der Polizei, der Fachgruppe Senioren und im Namen aller Mitglieder sage ich hier: „Danke Hans-Günther“.

Termine

Im gewerkschaftlichen Bereich geht die Arbeit weiter, wenn auch wegen der

Urlaubszeit etwas zögerlich. Wir treffen uns zu der nächsten Mitgliederversammlung am 14. 10. 2008.

Und hier der letzte Aufruf zur Hafensrundfahrt: Es sind noch einige wenige Plätze für unsere Hafensrundfahrt frei. Am 18. 9. 2008 geht es um 15.30 Uhr los

an den Landungsbrücken. Für Kurzentschlossene besteht noch die Möglichkeit, sich unter Tel. 28 08 96-16 anzumelden. Die Kosten betragen 15,- € pro Person (incl. eines kleinen Essens an Bord sowie Getränke).

**Herzliche Grüße, euer
Hans-Hermann Fritsche**

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick

Fest der GdP

„Grünes Licht
für gute Laune“

Papermoon

Showband



Sgt. Feffers Fun Fun Band

Showband

Nils Loenicker

Kabarettist



8. November 2008

20.00 Uhr

Einlass 19.30 Uhr

Elysee Hotel Hamburg

Rothenbaum, 20148 Hamburg

EINTRITTSPREIS: 35,00 €
(inkl. Buffet und Tombola)

KARTENVORVERKAUF ab 1. September 2008
Reservierung ab sofort bei
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstraße 49 · 22297 Hamburg
Telefon 0 40/28 08 96-15

VERANSTALTER:
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
eine Gründung der GdP



WIR GRATULIEREN ZUM/ZUR

70. Geburtstag

21. September 2008
Bernd Gruber
27. September 2008
Ernst Harders
30. September 2008
Eckhard Bluhm

80. Geburtstag

27. September 2008
Ralf-Artur Wagner
28. September 2008
Günther Kaiser
29. September 2008
Gisela Sewerin

85. Geburtstag

4. September 2008
Eduard Ponge
8. September 2008
Gertrud Baumann
13. September 2008
Gerda Eggers

87. Geburtstag

5. September 2008
Fritz Strulick
13. September 2008
Rudolf Rowoldt
26. September 2008
Karlheinz Runge

88. Geburtstag

9. September 2008
Herbert Müller
10. September 2008
Ludwig Frank
11. September 2008
Annemarie Knaus

89. Geburtstag

5. September 2008
Gerhard Schröder
6. September 2008
Hermann Scheidner
10. September 2008
Hans Bodenhagen
16. September 2008
Käthe Kurzke
24. September 2008
Georg Lehr
28. September 2008
Richard Schehlmann

90. Geburtstag

2. September 2008
Karl Plümpe

91. Geburtstag

29. September 2008
Grete Mayer

92. Geburtstag

8. September 2008
Anita Biehl

93. Geburtstag

19. September 2008
Alwin Schneider

94. Geburtstag

3. September 2008
Werner Steen

95. Geburtstag

7. September 2008
Elfriede Möller

97. Geburtstag

25. September 2008
Gerhard Mindt

99. Geburtstag

16. September 2008
Anni Schmidt

wohlverdienten Ruhestand

30. September 2008
Gerhard Voß Ang. TÜV Bergedorf

goldenen Hochzeit

22. August 2008
Fred Segnitz Ang. i. R. und Frau Elke
30. August 2008
Dietrich Drewes POK i. R. u. Fr. Hildegard

Anzeige

Bestattungsvorsorge
Wir beraten Sie gern!

GBI
Großhamburger
Bestattungsinstitut rV

Fuhlsbüttler Straße 735
22337 Hamburg

040 - 24 84 00
www.gbi-hamburg.de

STERBEFÄLLE

18. Juni 2008 Helmut Andrick VA i. R. (83)	18. Juli 2008 Wilhelm Leisten PHM i. R. (88)
12. Juli 2008 Annemarie Eberhardt, Witwe (83)	Lieselotte March, Witwe (81)
14. Juli 2008 Wolf-Dietrich Geißler POK i. R. (65)	19. Juli 2008 Erhard Gruner PHM i. R. (87)
15. Juli 2008 Richard Pakull PHM i. R. (63)	23. Juli 2008 Heinz Klepper KHK i. R. (88)
16. Juli 2008 Hermann Wulff POK i. R. (88)	26. Juli 2008 Carsten Dittmer PHK i. R. (61)
Heinz Bialek PHK i. R. (76)	Hans-Günther Buhmann PHM i. R. (80)
	29. Juli 2008 Herbert Funck PHK i. R. (75)

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.

